



## Köln und seine Folgen

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

**Was in Köln passiert ist, konnte ich mir als Polizist mit fast 40 Dienstjahren nie vorstellen. Es war einfach nicht vorhersehbar und schlimm für alle Beteiligten.**

**Es erschreckt mich, wie recht wir mit unseren Forderungen nach mehr Polizistinnen und Polizisten haben, aber muss immer erst was Schlimmes passieren, bis die Politik reagiert?**

Die etablierten Parteien in Baden-Württemberg übertreffen sich nun mit neuen Einstellungszahlen für die Polizei. Leider haben CDU und FDP schon vergessen, dass sie 1000 Stellen bei der Polizei abgebaut haben.

Ebenso wird offensichtlich ignoriert, dass wir die neuen Kolleginnen und Kollegen erst in drei bis vier Jahren auf den Polizeirevieren haben. Ein ganz wesentlicher Punkt ist, dass die Zahl der geeigneten Bewerber bereits in den zurückliegenden Jahren nicht den eigentlichen Bedarf decken konnte. Deshalb sind höhere Einstellungszahlen, so überfällig diese auch sind, nur mit großen Bedenken überhaupt erreichbar. Dazu mangelt es zwischenzeitlich nicht zuletzt an der Attraktivität des Polizeiberufes.

### Politische Reaktionen und Verantwortung

Ebenfalls schlimm sind die politischen Reaktionen. NRW-Innenminister Jäger schimpft auf die Kölner Polizei und Bundesinnenminister de Maizière schlägt denselben Ton an. In Köln wurde der Polizeipräsident entlassen, der als politischer Beamter (im Gegensatz zu Baden-Württemberg) nie einen Einsatz geleitet hat. Wer ist im Bund und in NRW für die Polizei eigentlich verantwortlich? Es sind doch die Innenminister!

Wer hat in der gesamten Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren ca. 16 000 Polizistenstellen abgebaut? Die verantwortliche Politik! Deshalb sind solche Reaktionen von den politisch Verantwortlichen völlig

daneben und erfordern eigentlich mindestens eine klare und deutliche Entschuldigung.

Der politische Aktionismus soll lediglich von den Verantwortlichkeiten ablenken und verunglimpft unsere Kolleginnen und Kollegen, die trotz Personalmangel Unmögliches möglich machen wollen und es hier und da auch schaffen.

Wer kann sich eigentlich vorstellen, wie es Polizistinnen und Polizisten geht, die diesen Beruf ergriffen haben, um Menschen zu helfen, das aber dann nicht können, weil sie zu wenig sind oder es nicht mitbekommen, weil die Täter ganz perfide vorgehen oder immer neue Methoden entwickeln?

Dieses „Antanzen“ oder auch „Taharrush gamea“ (ausgesprochen: taharrosh dschama\_i) ist im nordafrikanischen/arabischen Raum eher bekannt. Doch dies ist keine Erklärung oder Begründung. Denn wer bei uns Schutz vor Krieg, Verfolgung und Gewalt sucht, muss sich an unsere „Spielregeln“ halten. Dies gilt ohne Wenn und Aber und ohne Einschränkung, denn wenn wir in andere Länder in Urlaub fahren, erwartet man dies von uns auch.

Sexuelle Übergriffe, auch ohne Gewaltanwendung, Nötigung oder Bedrohung müssen grundsätzlich strafbar sein und dürfen nicht als „Bagatelldelikt“ abgetan werden. Wer so etwas macht, hat sein Bleibeerecht verspielt. Wenn eine Frau „Nein“ sagt, heißt es „Nein“, egal welche Nationalität der Mann hat.

Allerdings müssen wir aber aufpassen, dass wir vor lauter Verallgemei-



nerungen nicht alle Flüchtlinge über einen Kamm scheren, sondern müssen klar darstellen, dass die Vielzahl der Flüchtlinge sich an unsere Spielregeln hält.

Die Verallgemeinerung und Angstmacherei hilft nichts und treibt die Menschen nur in die Arme derer, die mit ihrem menschenverachtenden und rechtsextremen Gedankengut nur ihren eigenen Zielen folgen.

Wer nun meint, das Heft selbst in die Hand nehmen zu müssen, begibt sich nicht nur auf ein sehr dünnes Eis, sondern trägt dazu bei, dass zum einen die Politik in den Modus „es geht doch“ verfällt und stellt zum anderen unseren Rechtsstaat infrage.

Jede Bürgerin und jeder Bürger muss der Politik – und viele wollen ja in den Landtag am 13. 3. 2016 gewählt werden – deutlich machen, dass Innere Sicherheit für uns unheimlich wichtig ist und nicht ausschließlich nach Kassenlage betrachtet werden darf.

Viel zu lange war dies auch in Baden-Württemberg die Maxime. Auch wenn die jetzige Landesregierung versucht hat, eine Kehrtwende einzuleiten, sind wir noch lange nicht da, wo wir eigentlich sein müssten.

**Rüdiger Seidenspinner,  
Landesvorsitzender der  
Gewerkschaft der Polizei (GdP)**



# Bundesweite GdP-Aktion in Baden-Württemberg angekommen

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/ 3 45 43 84

Der Redaktionsschluss für die Aprilausgabe 2016 des Landesjournal Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 4. März 2016. Für die Maiausgabe 2016 ist er am Freitag, dem 1. April 2016.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

**Wolfgang Kircher**

**Die bundesweite Kampagne der GdP für mehr Personal ist im Februar auch in Baden-Württemberg angekommen. Sie richtet einen dringenden Appell an die Regierungen in Bund und Ländern für eine sofortige Abkehr der jahrelangen Sparpolitik bei der Polizei.**

nen und Fußballspielen, den zunehmenden Einbrüchen in Wohnungen, der Bewältigung der Flüchtlingskrise und vieles mehr. Und das mit einem Personal, bei dem bereits heute 50% über 50 Jahre alt sind. Bis zum Jahr 2020 gehen planmäßig über 50% der Polizeibeschäftigten in Pension, dies bedeutet über 12 000 Zurruhe-setzungen", erklärt der GdP-Landesvorsitzende.

„Deshalb brauchen wir dringend Verstärkung. Dabei genügt es aber nicht, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, die dann aber nicht besetzt werden können, weil die Polizei, im Vergleich zur Wirtschaft nicht konkurrenzfähig ist. Der Polizeiberuf

muss für die Zukunft attraktiver werden. Hierzu gehören die Rücknahme der Herabsenkung der Eingangsbesoldung für Berufsanfänger/-innen ebenso wie endlich die Einführung der Zweigeteilten Laufbahn.“

**wki**



Unter dem Motto „Wir brauchen Verstärkung“ machte der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner deutlich, dass seit Ende 1996 rund 3000 Stellen im Beamten- und Angestelltenbereich ersatzlos weggefallen seien.

„Die Polizei ist gezwungen, sich aus der Fläche zurückzuziehen. Deshalb haben wir in der Vergangenheit bei der sogenannten Postenstrukturreform sogar Polizeiposten aufgelöst. Auch die Polizeireform der amtierenden Landesregierung war eine Reaktion u.a. auf fehlendes Personal. Die Menschen fühlen sich nicht mehr sicher, und das nicht erst seit den Silvestervorfällen“, so Seidenspinner.

„Seit Jahren werden wir mit immer mehr Aufgaben betraut – der Bekämpfung des Terrorismus, des Rechts- und Linksextremismus, der organisierten Kriminalität, dem Schutz von Demonstrationen



In Stuttgart wurden an verschiedenen Plätzen und Orten (die standen leider bei Redaktionsschluss noch nicht fest) Plakate aufgestellt. Die aktuelle Aktion war in den Medien und wurde auch über unsere Homepage digital verteilt.

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)

**Service GmbH BW:**

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [Info@gdp-service.com](mailto:Info@gdp-service.com)

**Redaktion:**

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)  
Schwalbenweg 23  
71139 Ehningen  
privat: (0 70 34) 76 83  
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



## PERSONENGRUPPEN

# Die Personengruppenkonferenzen haben getagt

Am Dienstag, dem 20. 1. 2016 fanden im Commodo Hotel in Stuttgart-Vaihingen die Personengruppenkonferenzen

statt. Die Frauengruppe, die JUNGE GRUPPE und die Seniorengruppe wählten neue Vorstände und gaben

ihre Rechenschaftsberichte an die Delegierten ab. Die nachfolgenden Artikel berichten von den Konferenzen. **wki**

## Landesfrauenkonferenz tagte unter dem Motto „Starke Frauen – Starke Zukunft“

Gestartet wurde der sehr spannende und informative Tag durch ein Grußwort unserer Bundesfrauenvorsitzenden und Landesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl.

Noch immer stoßen viele hoch qualifizierte Frauen an die „gläserne Decke“, die verhindert, dass Frauen dieselben Karrierechancen wie Männer haben.

abgerufen werden kann. Eine weitere Studie beschäftigt sich mit der Thematik „Führen in Teilzeit“. Dessen Ergebnis wird im April im Rahmen der Gleichstellungstagung vorgestellt.

Im anschließenden Grußwort der Vizevorsitzenden des DGB, Gabriele Frenzer-Wolf, mahnte diese die leider immer noch schlechte Situati-

Bürger in Deutschland aber besonders beschäftigt, ist die schwierige Aufgabe, die geflüchteten und zum Großteil schwer traumatisierten Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren.

„Sexuelle Gewalt geht niemals und nirgendwo, egal wer sie wo verübt“, deshalb sei es wichtig, die Respektlosigkeit und Verachtung der Männer gegenüber von Frauen zu unterbinden.

Polizeiarbeit muss wieder öffentlich anerkannt sein. Eine starke und gut ausgestattete Polizei ist hierbei nicht verzichtbar.

Um etwas mehr über unsere Emotionen und wie diese unsere Kommunikation verändern, zu erfahren, referierte Stefanie Rukavina, eine zertifizierte FACS-Trainerin (Facial Action Coding System) über ihr sehr interessantes Fachgebiet in einem kurzweiligen, spannenden und interessanten Vortrag. Von ihr erfuhren wir auch, dass unsere Körperhaltung durchaus Einfluss darauf hat, wie wir denken und fühlen und von unserem Gegenüber wahrgenommen werden.

Im Rahmen der Landesfrauenkonferenz in Stuttgart-Vaihingen wurde der neue Frauenvorstand der Landesfrauengruppe gewählt. Zur Wahl standen neun Kandidatinnen. Von den Delegierten wurden folgende Frauen in den Landesfrauenvorstand gewählt:

Annette Arnold, Dagmar Hölzl, Judith Kümmerle-Heck, Judith Wolf, Nicole Minge, Cordula Ludwig-Martin, Simone Stauder und Nadine Friedl.

Im Gremium des neu gewählten Landesfrauenvorstandes wurde Judith Kümmerle-Heck zur Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreterin



Der neu gewählte Landesfrauenvorstand (v. r. n. l.): Simone Stauder, Nicole Minge, Cordula Ludwig-Martin, Nadine Friedl, Annette Arnold, Judith Wolf, Judith Kümmerle-Heck (Landesfrauenvorsitzende) und Dagmar Hölzl (Bundesfrauenvorsitzende) **Foto: B. Erceg**

Die GdP setzt sich dafür ein, Frauen für den Beruf und das Privatleben zu stärken. So wurden von der Bundesfrauengruppe ein Mentoring-Projekt, um Frauen für die Gewerkschaftsarbeit fit zu machen, und ein Personalentwicklungsprojekt in drei modularen Bausteinen initiiert, welche von Stiftungsgeldern finanziert werden.

Interessant sind auch die Ergebnisse einer von der GdP initiierten Studie zu Beurteilungsgerechtigkeit im Polizeivollzugsdienst, deren Ergebnis über die Homepage der GdP

on der Frauen im Beruf – auch im öffentlichen Dienst – an. Frauen verdienen meist weniger als die Männer und werden als Teilzeitbeschäftigte auch noch schlechter beurteilt als ihre in Vollzeit arbeitenden Kollegen. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Besorgniserregend sei auch die Situation der Unterrepräsentanz der Frauen im baden-württembergischen Landtag. Mit 20,3% Frauenanteil ist das eine deutliche Unterrepräsentanz und damit ist Baden-Württemberg Schlusslicht in Deutschland. Was die

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

nen wurden Dagmar Hölzl und Cordula Ludwig-Martin gewählt. Schriftführerin ist weiterhin Judith Wolf.

Mit einem kleinen Präsent und einem großen Dankeschön für die jahrelange ehrenamtliche Arbeit im Landesfrauenvorstand wurden Karen Rath, Sabine Seidenspinner und Renate Pfeiffer aus dem Landesfrauenvorstand verabschiedet.

In der eintägigen Konferenz wurden neben der Wahl des neuen Landesfrauenvorstandes 13 Anträge für die zukünftige Arbeit der GdP beschlossen. In den nächsten

fünf Jahren soll sich die GdP nach Ansicht der Landesfrauengruppe verstärkt um die Themen „Gendergerechte Beurteilung im Polizeivollzugsdienst“, „Verbesserung der Qualität und des Angebots der Fortbildungen“ und eine „Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ kümmern.

Im Rahmen der Konferenz wurde zudem ein Dringlichkeitsantrag, der die Verschärfung des Sexualstrafrechts und die konsequente Ausschöpfung des vorhandenen Strafrahmens fordert beschlossen.

Darüber hinaus fordert, die Landesfrauengruppe der GdP, die längst überfällige Novellierung des Chan-

cengleichheitsgesetzes voranzubringen und nicht, wie vom Präsidenten des Gemeindetages gefordert, dieses gänzlich abzuschaffen.

In einer gemeinsam verabschiedeten Resolution aller Personen-gruppenkonferenzen werden alle Kräfte in unserer Gesellschaft aufgefordert, zum Wohle der inneren Sicherheit, die Polizei zu stärken und sich für deutliche Verbesserungen einzusetzen.

Am Ende des langen und sehr informativen Tages war es an der neu gewählten Landesfrauenvorsitzenden Judith Kümmerle-Heck, den Tag zu beschließen und den Frauen eine gute Heimreise zu wünschen.

## Die Landesjugendkonferenz

Eröffnet wurde die Landesjugendkonferenz vom stellvertretenden Landesjugendvorsitzenden Tobias Prokein. Er blickte auf fünf interessante und arbeitsintensive Jahre Gewerkschaftsarbeit zurück und führte auf, was die JUNGE GRUPPE in dieser Zeit bewegt, erreicht und geleistet hat. Neben der jährlich stattfindenden und allseits beliebten Kinder- und Jugendfreizeit der

handelt wird.

Michael Flis (Rheinland-Pfalz) verwies in seiner Rede als Vertreter des Bundesjugendvorstandes auf die Kampagne „Auch Mensch“, welche sich mit der steigenden Gewalt gegen Polizeibeamte beschäftigt und möglichst öffentlichkeitswirksam auf diese Umstände hinweisen will.

Ein wesentlicher Tagesordnungs-

Müller zur Schriftführerin sowie Marco Meier zum stellvertretenden Schriftführer (beide PP Freiburg).

Nach der Mittagspause galt es für die JUNGE GRUPPE über insgesamt 27 Anträge sowie einen Dringlichkeitsantrag zu diskutieren und über deren Annahme bzw. Ablehnung abzustimmen. Der Dringlichkeitsantrag, welcher durch die Delegierten einstimmig zur Annahme beschieden wurde, fordert in Zeiten einer zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte einen dienstlichen Rechtsschutz auch im Zivilverfahren.

Die weiteren Anträge behandelten u.a. die Themen der deutlichen Anhebung der Vergütung zu ungünstigen Zeiten (LoD), forderten die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn sowie eine Anhebung der Einstellungszahlen. Der Polizeiberuf hat in den letzten Jahren immer mehr an Attraktivität verloren und dieser Entwicklung muss entgegen-gewirkt werden.

Wir brauchen mehr junge und motivierte Polizeibeamte, die sich den ständig steigenden Anforderungen des Polizeiberufs und der steigenden Einsatzbelastung stellen können.

Der neu gewählte Landesjugendvorstand hat seine Arbeit zwischenzeitlich aufgenommen und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem geschäftsführenden Landesvorstand der GdP sowie allen Mitgliedern und Freunden der JUNGEN GRUPPE - in jeder unserer Bezirksgruppen, in ganz Baden-Württemberg und „Grenzen überwindend“ in jedem anderen Bundesland.

**Verena Keppler**



**Der neu gewählte Landesjugendvorstand (v. r. n. l.): Tamara Müller, Marco Meier, Verena Keppler, Alexander Buhl, Mathias Sekler, Markus Trinks sowie als Gast vom Bundesjugendvorstand Michael Flis (Rheinland-Pfalz)**

Foto: B. Erceg

GdP nahmen die Mitglieder des Landesjugendvorstandes an diversen Aktionen und Tagungen sowie sportlichen Veranstaltungen teil. Tobias Prokein betonte, dass gemäß dem Motto der diesjährigen Landesjugendkonferenz „Gemeinsam Grenzen überwinden“ Forderungen unserer Gewerkschaft intensiv verfolgt und immer wieder verdeutlicht werden müssen und dies nur dann möglich ist, wenn gemeinsam ge-

punkt der Landesjugendkonferenz war die Wahl des neuen Landesjugendvorstandes. Hierbei wurde Verena Keppler (PP Stuttgart) von den Delegierten einstimmig als neue Landesjugendvorsitzende gewählt. Die Wahl der drei Stellvertreter fiel einstimmig auf Markus Trinks (PP Ludwigsburg), Mathias Sekler (PP Aalen) und Alexander Buhl (HlPol IAuT). Weiter gewählt wurden einstimmig Tamara



## PERSONENGRUPPEN

# Landesseniorenkonferenz unter dem Motto „Zukunft braucht Erfahrung“

Die Seniorenbetreuung vor Ort und die Möglichkeiten dafür nach der Umorganisation der Gewerkschaft der Polizei infolge der Strukturreform der Polizei standen im Mittelpunkt konstruktiver Beratungen der Seniorendelegierten aus den Bezirks- und Kreisgruppen während eines harmonischen Verlaufs der Landesseniorenkonferenz 2016. Ein neuer Landesseniorenvorstand – der

fe. „Und wer bitte schön“, so Fischer, „hat mehr Lebenserfahrung als die Menschen, die sich in ihrem dritten Lebensabschnitt befinden, also die Generation 60 Plus?“ Bald 50 Jahre gibt es in der GdP Baden-Württemberg bereits die organisierte Seniorenarbeit – und sie wird immer wichtiger: Schließlich weiß man aus allen demografischen Untersuchungen, dass die Generation der Seniorinnen

Leitkultur in Deutschland gehöre für ihn Solidarität als einer der wichtigsten Werte dazu; und auch gerade das Engagement der Ehrenamtlichen. Aber Solidarität lasse sich nicht verordnen. Es müsse „von oben“ gefragt werden, was trägt ihr mit? „Aber“, zitiert er das Sprichwort, „der Fisch beginnt am Kopf zu stinken“. Was solle man denn derzeit von der Solidarität unter den Staaten Europas halten? Wo sei ein solidarisches Verhalten der Verantwortlichen in der Politik bei der schwierigen Flüchtlingssituation? Wo sei aber auch das solidarische Verhalten der ehemaligen Beschäftigten unserer Polizei mit eben dieser unserer Polizei? Wo ist das solidarische Verhalten der Rentner und Pensionäre zu den Aktiven in der Gewerkschaft der Polizei? Fischer appellierte an die Delegierten, in dieser Konferenz im Sinne dieser Solidarität ein Zeichen zu setzen. Er warb für die Zustimmung zu einer Resolution des LSV zur Unterstützung unserer Polizei; „der Polizei, die wir in unserem Lande aufgebaut haben“, so Fischer, und die es Wert sei, sich für sie und ihre Beschäftigten in einer schwierigen Zeit solidarisch einzusetzen. Die Resolution „Polizei stärken“ wurde einstimmig beschlossen und auch die gleichzeitig durchgeführten Konferenzen der Frauengruppe und der JUNGEN GRUPPE schlossen sich diesem Beschluss an.



**Der wiedergewählte Landesseniorenvorstand (v. l. n. r.): Manfred Bohn (stellvertretender Vorsitzender), Karl-Heinz Strobel (Beisitzer), H. Werner Fischer (Vorsitzender), Wolfgang Schmidt (Schriftführer) und Hans-Jürgen Maier (Beisitzer)**  
Foto: B. Erceg

der alte ist – wurde gewählt und der Vorsitzende des Landesseniorenrates Baden-Württemberg, Roland Sing, hielt einen interessanten Vortrag über die Probleme und Chancen der demografischen Veränderungen in unserem Land.

Mit dem Zitat „Schöpfe aus der Vergangenheit, gestalte die Gegenwart, öffne dich der Zukunft“ der Schauspielerin Astrid Meyer-Gossler nahm der Landesseniorenvorsitzende H. Werner Fischer Bezug auf das Konferenzmotto „Zukunft braucht Erfahrung“ und führte aus, dass die erlebte Erfahrung aus der Vergangenheit zweifellos zur konkreten Gestaltung der Lebensverhältnisse in der Gegenwart beitrage und bei der Gestaltung hinein in die Zukunft hel-

und Senioren in unserem Land einen immer größeren Bevölkerungsteil ausmacht.

Werner Fischer gab einen Rückblick über die Seniorenarbeit seit der letzten Konferenz im Jahre 2011, ging nochmals auf die verschiedenen personellen Veränderungen im Landesesseniorenvorstand (LSV) in dieser Zeit ein und zeigte sich sehr zufrieden mit dem Team des jetzigen Vorstandes. Als Schwerpunkt seines mündlichen Geschäftsberichts (der schriftliche befand sich umfangreich in der Delegiertenmappe) ging er auf den Solidaritätsgedanken in der heutigen Zeit ein. „Wir haben uns zu einer Ich-Gesellschaft entwickelt. Aber wenn jeder nur für sich selbst sorgt ist nicht für alle gesorgt“, so Fischer. Zu einer

Bei den Zuhörern, unter denen sich Bundesesseniorenvorsitzender Winfried Wahlig vom Bezirk Bundeskriminalamt befand, fand auch große Zustimmung ein Vortrag des Vorsitzenden des Landesseniorenrates Baden-Württemberg (in dem die GdP seit einem Jahr Mitglied ist), Roland Sing, in dem er nicht nur auf die Probleme der demografischen Entwicklung einging, sondern auch ihre Chancen aufzeigte. Auch er stellte das Ehrenamt von Senioren als unverzichtbar in unserer Gesellschaft heraus. Viele Senioren sind dankbar, dass sie noch eine Aufgabe hätten. Seine Themen waren dann barrierefreies Wohnen (nur drei Prozent des gesamten Wohnungsbaus in Deutschland seien so

Fortsetzung auf Seite 6



PERSONENGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 5

ausgebaut), Technikunterstützung im Alltag, Internetfähigkeit bei älteren Menschen, Mobilität im Alter, insbesondere beim öffentlichen Nahverkehr, das neue Pflegegesetz, das sehr kompliziert und undurchsichtig sei, Sucht im Alter (Alkohol und Tabletten), Gesundheitsprävention im Alter und Rehabilitation, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung. Reichlicher Beifall belohnte den Redner für seine interessanten und lebensnahen Ausführungen.

In der Antragsberatung und der entsprechenden Aussprache ging es vor allem um die Seniorenarbeit vor Ort. Durch die neuen Strukturen der GdP-Organisation sei es immer schwieriger, auch auf Bezirksebene die Mitglieder zu erreichen und beispielsweise ihre E-Mail-Adressen zu bekommen. Es wurde angeregt, schon ein Jahr vor dem Ruhestand Infos dafür an die Mitglieder zu geben und dabei auch schon die private E-Mail-Adresse anzugeben. In

einer Meinungsabfrage befürwortete genau die Hälfte der Delegierten die zentrale E-Mail-Versendung von der Geschäftsstelle aus, die andere Hälfte war dafür, dass die Seniorenbetreuer vor Ort selbstständig die E-Mail-Adressen abfragen und sich einen Verteiler einrichten. Werner Fischer betonte mehrmals, dass das Liefern von Infos an die Seniorinnen und Senioren nur ein kleiner, aber wichtiger Teil der Seniorenbetreuung vor Ort sei. Die größte Bedeutung für die Wirksamkeit der Seniorenarbeit in der GdP sei aber die persönliche Betreuung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, wozu allerdings auch bereitwillige Frauen und Männer gebraucht würden, was ganz offensichtlich ein Problem sei.

Auch war es einhellige Meinung, dass die sehr erfolgreichen Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ nach dem Verlust des Seminarortes Wertheim unbedingt weiter durchzuführen seien und schnellstmöglich ein neuer Veranstaltungsort gefunden werden müsse.

Die durchzuführenden Wahlen betrafen die Delegierten für die nächste Bundesseniorenkonferenz 2018 und den fünfköpfigen Landesseniorenvorstand. Erfreulicherweise hatten sich alle LSV-Mitglieder wieder zur Wahl gestellt und alle wurden einstimmig bestätigt: als Vorsitzender H. Werner Fischer von der Bezirksgruppe (BG) Freiburg, Manfred Bohn von der BG Freiburg als Stellvertretender Vorsitzender, Wolfgang Schmidt von der BG Aalen als Schriftführer, als Beisitzer Hans-Jürgen Maier aus der BG Offenburg und Karl-Heinz Strobel von der BG Ludwigsburg.

Der alte und neue Vorsitzende Werner Fischer gab am Ende der Beratungen den Hinweis, man könne sich an der traditionell hohen Achtung der „Alten“ im asiatischen Raum durchaus ein Beispiel nehmen. Dazu beendete er die Konferenz mit dem japanischen Sprichwort: „Die größte Kulturleistung eines Volkes sind die zufriedenen Alten.“ **hwf**

KOMMENTAR

**Hausgemacht oder ganz oben zu verantworten?**

**Manchmal könnte man, wenn es nicht unhöflich wäre, die derzeitige Situation einfach mit „zum Kotzen“ beschreiben. Um was geht es? Es geht um die PC-Ausstattung.**

Obwohl nun das Praktikum auf ein Jahr verlängert wird, werden die Praktikant/-innen nicht in die PC-Ausstattungsrechnung einbezogen. Ebenso werden Teilzeitkräfte nicht berücksichtigt, sondern nur VZÄs (eine schreckliche Abkürzung die aber deutlich macht, dass der Mensch eigentlich nichts mehr zählt).

Wenn das ein politisches Umdenken sein soll, dann Mahlzeit. Da haben wir schon keine Leute, dann lassen sie uns in der Technik auch keine Ruhe. Das nächste leidige Thema ist der Abbau von Internet-PCs. Angeblich soll alles mit der Bit-Box gehen. Nur dass die relativ oft nicht geht oder Seiten stellenweise geblockt werden, das ist egal.

**Hier ein Beispiel aus der Realität:**

In einer Besprechung wird festgestellt, dass es OEs mit zu wenig und OEs mit ordentlicher PC-Ausstattung gibt. Was macht man nun vor Ort. Man kauft keine PCs für

die OE's, die zu wenig PCs haben, sondern verteilt alle vorhandenen nach VZÄ berechneten PCs neu. Das bedeutet, dass alle zu wenig haben.

Ein echt tolles Ergebnis. Wenigstens im Mangel sind alle gleich. Wie man dann als OE-Leiter in der Kenntnis, dass dies völliger Mist ist, seinen Leuten erklären soll, dass nun PCs abgebaut werden, ist ein Rätsel.

Welche Intelligenzbolzen sind da eigentlich am Werk. Bei den Polizeirevieren wird ausschließlich nach VZÄ (ich hasse dieses Kürzel) gegangen und in anderen Bereich stehen PCs neben Laptop und iPad auf dem Tisch. Gibt es nicht? Oh doch! Sind privat! Darf doch gar nicht sein.

Wann lernen die Verantwortlichen endlich, dass es bestimmter Arbeitsmittel bedarf, die benötigt werden? Wann kapiert man endlich dass es bei der Schutzhelmausstattung schon Mist war, was der damalige IdP ausgerechnet hat, und dass es Mist ist, was man in Sachen PC-Ausstattung an den Tag legt?

Sollen wir wieder die alte Olympia aus dem Keller holen? Geht leider nicht, denn dann funktioniert FIS nicht mehr und sämtliche statistische Auswertungen gestalten sich verdammt kompliziert.

Es ist manchmal schon zum Kotzen

**Euer Ignaz Schmitz**

**Termine 2016**

**In der letzten Ausgabe der Deutschen Polizei haben wir die Termine für 2016 veröffentlicht. Bitte Euren Terminkalender mit den nachfolgenden Terminen ergänzen:**

**19. Juli 2016:** Kastanienfest in Göppingen

**27. Sept. 2016:** Die ursprünglich für den 20. 10. geplante Sitzung des GdP-Landesvorstandes wurde auf den 27. September vorverlegt. Bitte beachten. **wki**



## BÜRGERBEAUFTRAGTER

# Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei anlässlich der öffentlichen Anhörung am 28. 1. 2016

## Stellungnahme anlässlich der öffentlichen Anhörung am 28. 1. 2016 zum Landesgesetz über die Bürgerbeauftragte bzw. den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) beschäftigt sich vorrangig mit der Innenwirkung des Bürgerbeauftragten. Eine alleinige Beschwerdeinstitution würde von uns als nicht erforderlich eingestuft werden, denn jeder Bürger und jede Bürgerin hat das Recht, sich über einen Beschäftigten zu beschweren.

Die Erfahrungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zeigen deutlich, dass hier sehr, manchmal auch zu gewissenhaft, mit berechtigten Beschwerden umgegangen wird. Zu einem modernen Polizeimanagement gehört die Gleichstellungspolitik, um wirksamen Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.

Eine zentrale Beschwerdeinstanz, u. a. für Angehörige der Polizei, ist daher zu begrüßen. Aufgrund der Erfahrungen in anderen Bundesländern sind bei der Einrichtung wichtige Kriterien zu beachten, um Kompetenz und Unabhängigkeit auf der einen Seite zu garantieren und Akzeptanz auf der anderen Seite zu erreichen.

Ziel ist ein/eine rechtlich und tatsächlich unabhängiger Bürgerbeauftragter/Bürgerbeauftragte. Dabei ist auch die Problematik des Strafverfolgungszwanges zu beachten.

Die Lösung, dass der oder die Bürgerbeauftragte ausschließlich dem Landtag gegenüber verantwortlich ist, wird von uns begrüßt.

Kritisch sehen wir die Entscheidung, dass bei einem Disziplinarverfahren, der oder die Bürgerbeauftragte nicht tätig werden darf. Gerade hier wäre unter Umständen im Sinne der Polizeibeschäftigten wünschenswert, dass ein Außenstehender einen Blick auf das Verfahren und dessen Ablauf wirft.

Von der Unabhängigkeit des Beauftragten wird die Akzeptanz der baden-württembergischen Polizeibeschäftigten abhängig sein.

Daher muss, wie im Entwurf teilweise festgehalten,

1. die Stelle außerhalb der Strukturen der Polizei und des Innenministeriums eingerichtet werden,
2. die Stelle mit den erforderlichen Sachmitteln und Personal aus-

stattet werden, auch wenn diese noch nicht genauer bezeichnet sind,

3. die Stelle mit einem Akteneinsichtsrecht- und einem amtsinternen Ermittlungsrecht ausgestattet sein, wobei hier u. a. das Disziplinarverfahren ausgeschlossen ist, was nicht unsere Zustimmung findet,
4. die Arbeit durch den Landtag überprüfbar und nachvollziehbar sein. Dem Landtag ist regelmäßig Bericht zu erstatten.

Es fehlt allerdings ein ständiger Austausch zwischen Bürgerbeauftragten, Dienststellenleitung, Perso-

nalrat und Gewerkschaften.

### Fazit:

Der oder die Bürgerbeauftragte muss unabhängig und überparteilich und mit den erforderlichen Mitteln und Befugnissen zur Wahrnehmung seiner Aufgaben ausgestattet sein.

Die betreffende Funktion für die Beschäftigten der Polizei muss deutlich dargestellt werden und es darf nicht der Eindruck entstehen, dass der oder die Bürgerbeauftragte in erster Linie gegen die Polizei eingesetzt wird. Deshalb dürfen Disziplinarverfahren nicht ausgeschlossen werden.

**RS**

Anzeige



**Es ist wieder soweit !  
Auf geht's zur**



## 23. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit

# GdP - JUNGE GRUPPE -

Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.



**Wann:** In der ersten Woche der Sommerferien  
vom Sa. 30.07. – 06.08.2016

**Wo:** Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

**Für wen:** Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

**Preis:** Mitglieder 190 € / Nichtmitglieder 260 €

**Im Preis enthalten:**  
1 Woche Vollpension mit Programm, Ausflüge, 1 T-Shirt,  
und vieles mehr !

Anmeldeunterlagen anfordern über die  
GdP-Service GmbH BW, Tel. 07042 / 879-0 oder [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)

Informationen zur Jugendfreizeit: [andyguehring@aol.com](mailto:andyguehring@aol.com) oder 0173 - 7809438  
Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen



## Und was sonst noch so war

**Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.**

**Januar 2016:** Nach den Vorfällen in Köln und Stuttgart gab es viele Pressegespräche mit den Print-, Hörfunk- und TV-Medien.

**16. Jan. 2016:** Rund 7000 Menschen haben auf dem Schlossplatz in Stuttgart an einer Großkundgebung gegen Rassismus und Gewalt gegen Geflüchtete teilgenommen, darunter auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der GdP. Zu der Kundgebung „Halt zusammen“ hat ein landesweites Bündnis, dem sich 81 Organisationen angeschlossen haben, aufgerufen.



**18. Jan. 2016:** DGB-Spitzengespräch mit Prof. Dr. Ulrich Goll, MdL der FdP/DVP-Fraktion. Es ging um die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Die FdP spricht sich für zusätzliche 1000 Stellen bei der Polizei aus.



**V. l. n. r.: Markus Kling (Verdi), Wolfgang Kircher (GdP), Gabriele Frenzer-Wolf (DGB), Prof. Dr. Ulrich Goll und Michael Futterer (GEW)**

**22. Jan. 2016:** DGB-Zukunftskongress „Arbeiten und Leben in Baden-

Württemberg“ in der Mercedes-Benz Arena in Stuttgart. Rund 240 Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaftsmitglieder sowie Fachleute aus Wissenschaft und Politik informierten sich über die vier gewerkschaftlichen Kernthemen:

- Perspektiven für gute Arbeit,
- Perspektiven für gute Bildung,
- den Bedarf an öffentlichen Investitionen und die Finanzierungsmöglichkeiten hierfür sowie – das Querschnittsthema Integration.

Von der GdP nahmen die beiden stellv. Vorsitzenden Hans-Jürgen Kirstein und Wolfgang Kircher und der GdP-Bezirksgruppenvorsitzende



**Auf dem Podium v. l. n. r.: Doro Moritz (GEW), Roman Zitzelsberger (IG Metall), Moderator; Leni Breymaler (Verdi) und Nikolaus Landgraf (DGB)**  
Foto: Joachim E. Röttgers

von Freiburg, Roland Nussbaumer, teil.

**23. Jan. 2016:** Parteitag der SPD in Stuttgart; die SPD hat einiges über die Polizei ins Wahlprogramm geschrieben.

**27. Jan. 2016:** Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Ludwigsburg; gut, dass Roman Herzog als Bundespräsident diesen Tag eingeführt hat.

**28. Jan. 2016:** Öffentliche Anhörung des Innenausschusses zum Landesgesetz über die Bürgerbeauftragte bzw. den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg; der GdP-Landesvorsitzende konnte die Haltung der GdP darstellen.

**28. Jan. 2016:** Der DGB-Koordinierungskreis hatte seine erste Sitzung.

## Die GdP gratuliert herzlich

**ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR: Polizeiobermeister/-in:**

PP Konstanz: Sarah Mullis;  
PP Tuttlingen: Benjamin Wolber, Dennis Drescher.

**Es traten in den Ruhestand:**

PP Aalen: Josef Wagner.  
PP Freiburg: Manfred Huber.  
PP Karlsruhe: Karl-Heinz Ruff.  
PP Konstanz: Alfred Reichle, Joachim Felgenhauer.  
PP Ludwigsburg: Uwe Faigle.  
PP Mannheim: Bruno Scholl.  
Landeskriminalamt: Hans-Jürgen Lempert.

**Zusammengestellt von Angelika Burckhardt**

## AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

### Seniorenstammtisch der GdP-Bezirksgruppe PP Stuttgart

Der Seniorenstammtisch der Bezirksgruppe PP Stuttgart trifft sich am Donnerstag, dem 7. 4. 2016, um 14 Uhr im Vereinsheim des PSV, Fritz-Walter-Weg 10, Tel.: 07 11/55 85 63.

Wir wollen u. a. darüber reden, wie wir unsere Treffen noch interessanter gestalten können. Unser Bezirksgruppenvorsitzender Peter Scherer hat sein Kommen zugesagt. Sollte im Einzelfall eine Fahrgemeinschaft erforderlich werden, bitte ich um Nachricht unter 0 71 56/2 27 99.

**W.B.**

Hans-Jürgen Kirstein hat daran teilgenommen.

**2. Febr. 2016:** GdP-Neujahrsempfang – darüber werden wir in der nächsten Deutschen Polizei ausführlich berichten. **wki**

